

TOPMELDUNG

HALBJAHRESZAHLEN

Axpo fährt Lohn für hohe Sicherheitsleistungen ein

Baden (energate) - Die Axpo meldet ein ausserordentlich hohes Halbjahresergebnis. Einen grossen Anteil daran haben die zusätzlich erbrachten Sicherheitsleistungen aufgrund der hohen Strompreise: Mit der Lieferung des Stroms sind sie an den Energiekonzern zurückgeflossen. Wie Axpo mitteilte, betrug der Mittelzufluss im operativen Geschäft in der Berichtsperiode rund 1,5 Mrd. Franken. Im ersten Halbjahr 2022 hatte das Unternehmen noch einen Mittelabfluss von 1,7 Mrd. Franken verzeichnet. "Wie früher kommuniziert, steht dieser Effekt im Zusammenhang mit der Absicherung der Schweizer Stromproduktion", so Axpo. Das Unternehmen will die zugeflossenen Mittel nach eigenen Angaben in den Schuldenabbau, den Ausbau der Erneuerbaren und Entwicklung des Kundengeschäfts investieren.

Insgesamt weisen die Halbjahreszahlen ein bereinigtes Betriebsergebnis auf Stufe Ebit von 2,2 Mrd. Franken aus. In der Vorjahresperiode lag es mit 1,3 Mrd. wesentlich tiefer.

Entspannung im Handelsgeschäft

Die Nettoinvestitionen beliefen sich in den ersten sechs Monaten auf 192 Mio. Franken. Der freie Cashflow stieg von -1,9 Mrd. Franken auf 1,3 Mrd. Franken. Die Verschuldung sank netto um rund eine Mrd. auf 2,6 Mrd. Franken. Per Ende März 2023 verfügte die Axpo über liquide Mittel in der Höhe von 4,7 Mrd. Franken. Zudem steigerte der Energiekonzern das Eigenkapital um 3,6 auf 11 Mrd. Franken. "Weiter haben sich auch die Energiepreisisiken im Handelsgeschäft gemessen am Value-at-Risk in der Berichtsperiode deutlich reduziert", so das Unternehmen.

Diese Normalisierung zeichnet sich in der Bilanzsumme der Axpo ab. Zum Abschluss des letzten Geschäftsjahres hatte sich diese noch auf 79,7 Mrd. Franken belaufen. In der ersten Hälfte des aktuellen Jahres sank sie auf 53,7 Mrd. Der deutliche Rückgang sei hauptsächlich auf die deutlich niedrigeren Wiederbeschaffungswerte aufgrund der gesunkenen Preise zurückzuführen. Diese wiederum seien das Resultat des milden Winters

INHALTSVERZEICHNIS

★ TOPMELDUNG

Axpo fährt Lohn für hohe Sicherheitsleistungen ein	1
--	---

✚ SCHWEIZ

ABB übernimmt Eve Systems	2
CKW steigert Halbjahresergebnis um über 200 Prozent	2
Adev-Gruppe wählt neuen VR-Präsidenten und will Windkraft forcieren	3
EKS verabschiedet sich von Windrad "Hans"	4

✚ DEUTSCHLAND

Bund will 100.000 Haushalte jährlich ans Wärmenetz bringen	5
Erlösabschöpfung ist bald Geschichte	6
Deutsche Umwelthilfe klagt gegen Brunsbüttel-Anbindung	6
FNB Gas legt Umsetzungsbericht vor	7
Thyssenkrupp plant Börsendebüt seiner Wasserstoffsparte	7
"Die Regulierungsbehörde hat Entscheidungen umfassend zu begründen"	8

✚ EUROPA

Europas Gaswirtschaft sieht Versorgungssicherheit nicht garantiert	9
Kyon Energy und Obton wollen 600 MW an Speicherleistung installieren	10

sowie der Vorsorge- und Sparmassnahmen in vielen Ländern. Beides habe eine gewisse Entspannung an den Energiemärkten bewirkt, so der Konzern.

Absicherungsstrategie geändert

Diese Entwicklung zeigt sich im Ausblick auf das zweite Halbjahr, allerdings unter Vorbehalten. Operativ sei Axpo gut unterwegs, teilte das Unternehmen mit. "Die Situation an den Märkten hat sich stabilisiert, ist aber nach wie vor fragil und Prognosen sind deshalb schwierig", so Axpo weiter. Aufgrund der Saisonalität werde das zweite Halbjahr schwächer ausfallen als das erste. Axpo gibt zudem zu bedenken, dass das Unternehmen die Hedging-Strategie Anfang 2022 anpasste. Demnach sichert der Energiekonzern nicht mehr wie zuvor die gesamte Schweizer Stromproduktion über drei Jahre ab. Am Stichtag 31. März 2023 lag die derart abgesicherte Menge bei rund 59 TWh. Zum Ende des vergangenen Geschäftsjahres am 30. September 2022 hatte sie 64 TWh betragen. Die abgesicherten Preise liegen laut Axpo durchschnittlich bei 51 Euro/MWh für das laufende Geschäftsjahr und bei 87 Euro/MWh im Geschäftsjahr 2025/2026.

Der Anstieg der Strompreise in der Vergangenheit wird laut Axpo im Geschäftsjahr 2024/25 einen positiven Einfluss auf das Ergebnis haben. Die Effekte aus den Ergebnisverschiebungen werden dem Unternehmen zufolge künftig deutlich geringer ausfallen, "während der Rückfluss der Sicherheitsleistungen für die Schweizer Stromproduktion bei Erfüllung der Verträge auch in den kommenden Perioden einen positiven Einfluss auf den Cashflow haben wird." /yb

SCHWEIZ

SMART-HOME-TECHNOLOGIEN

ABB übernimmt Eve Systems

Zürich (energate) - ABB Ltd hat die Übernahme der Eve Systems GmbH bekanntgegeben. Damit wolle man das eigene Portfolio an Smart-Home-Technologien stärken, teilt der Energie- und Automatisierungstechnikkonzern mit Hauptsitz in Zürich mit. Zu den finanziellen Details der Übernahme macht ABB keine Angaben. Eve Systems ist in München ansässig und gehört laut ABB zu den Marktführern bei Smart-Home-Produkten. Das 1999 gegründete Unternehmen ist in Europa und den USA aktiv. Zu seiner Angebotspalette zählen Komponenten für Heimautomatisierung, Energiemanagement, Sicherheit und Gerätesteuerung. Eve Systems gehört zu den Pionieren des neuen Kommunikationsprotokolls Matter. Dieses sorgt dafür, dass sich Smart-Home-Produkte über den Funkstandard Thread drahtlos vollständig verbinden und miteinander koordiniert kommunizieren können - unabhängig von ihrem Hersteller und Betriebssystem.

Durch die Übernahme werde ABB zu einem führenden Anbieter von Smart-Home-Produkten, die auf Matter und Thread als neue Standards für Interoperabilität und Drahtloskonnektivität

basieren, teilt der Konzern mit. Eve Systems wird demnach als unabhängige Marke innerhalb des Portfolios Building and Home Automation Solutions der Division Smart Buildings im Geschäftsbereich Elektrifizierung von ABB geführt. "Unser Fokus liegt darauf, weltweit der beste und umfassendste Anbieter intelligenter Technologien und Innovationen für unsere Kunden zu sein", zitiert ABB Mike Mustapha, Leiter der Division Smart Buildings. "Die Einführung von Matter und Thread revolutioniert die Smart-Home-Technologie, in der Eve führend ist. Sie ermöglicht die nahtlose, intuitive und sichere Integration verschiedener Geräte und Dienste, sodass Nutzer ihren Energieverbrauch und ihre Umgebung bequem und sicher steuern können", so Mustapha weiter. /mj

BILANZ

CKW steigert Halbjahresergebnis um über 200 Prozent

Luzern (energate) - Die CKW AG mit Hauptsitz in Luzern hat im ersten Halbjahr 2022/21 ein Betriebsergebnis (Ebit) von 124,8 Mio. erzielt. Das entspricht einer Steigerung von über 200 Prozent im Vergleich zur Vorjahresperiode, als das Ebit minus 38,6 Mio. betrug. Im Zuge der Veröffentlichung der Zahlen gab die Versorgerin an, dass sie in den Bereichen Solar, Wärme und Ladelösungen wachsen will und orientierte über den Zwischenstand zum Smart Meter Rollout. Dort ist CKW laut Mitteilungen in der Schweiz führend. "Bereits 75 Prozent der 180.000 Zähler im Versorgungsgebiet sind gewechselt. Bis Mitte 2024 wird CKW den Zählerwechsel abschliessen", schrieb das Unternehmen.

Solar-Ausbau und neues Wasserkraftwerk

CKW verwies zudem auf ihre Wachstumsziele. Teil davon seien die Eröffnung der ersten Ostschweizer Niederlassung in Flums/SG sowie die kürzlich erfolgte Übernahme der Soller-

6. - 7. Juli 2023
Zürich Marriott Hotel

Auszug der ReferentInnen

Jürg Grossen, Nationalrat und Präsident, GLP Schweiz | Dr. Jürgen Schneider, Sektionschef Sektion VI – Klima und Energie, BmK, Österreich | Dr. Jean-Philippe Kohl, Vizedirektor und Leiter Wirtschaftspolitik, Swissmem | Christian Pho Duc, CTO, Smartenergy | Dr. Till Schneiders, Vice President Technology & Quality, Swiss Steel Group | Noah Heynen, CEO, Helion | Dr. Jörg Wild, CEO, Energie 360° | Guy Bühler, Head Hydrogen, Axpo | Dr. Christian Schaffner, Executive Director, ESC, ETH Zürich | Dr. Sebastian Kemper, Geschäftsführer, Trading Hub Europe | Daniela Decurtins, Direktorin, VSG | Dr. Jörg Spicker, Senior Strategic Advisor, Swissgrid | Marc Steiner, Richter, BVG | ...

INNOVATIONSFORUM
ENERGIE
innovationsforum-energie.ch

Host Partner

SMARTENERGY

Partner

ENERGIE
ZUKUNFT
SCHWEIZ

esolva
we make energy easy

EWA
energieUri

Home Lab **HSLU** Hochschule

Partner Electro SA mit Standorten in Domat/Ems und Vella in Graubünden. "Mit der Expansion in die Ostschweiz bestätigen wir unsere Ambition, in den Bereichen Solar, Wärme und Ladelösungen für E-Mobilität zu wachsen und unsere Präsenz in der Deutschschweiz zu erhöhen", teilte CKW-CEO Martin Schwab mit.

Nebst PV-Kleinanlagen für Einfamilien- und Gewerbehäuser installiere das Unternehmen auch Grossanlagen. So realisiere CKW in den kommenden Monaten im Auftrag des Pharma-Grosshändlers Galexis in Niederbipp eine Dachanlage aus über 5.700 Modulen mit einer Leistung von 2,4 MWP. Nach anderthalbjähriger Bauzeit und Investitionen von 12,4 Mio. Franken werde zudem im Sommer das neue Kleinwasserkraftwerk Waldemme in Flühli den Betrieb aufnehmen. Das Kraftwerk verfügt laut CKW über eine Leistung von 1,4 MW und produziert durchschnittlich 6,5 GWh Strom.

Deutlich mehr Vollzeitstellen

Zum stark verbesserten Halbjahresergebnis schreibt CKW weiter, dass das Segment Energie von tieferen Strombeschaffungskosten profitiert habe. Mittel- bis langfristige Profilbewirtschaftung sowie die Einnahmen durch Systemdienstleistungen hätten zudem das Energiewirtschaftsergebnis um 20 Mio. Franken verbessert. Als positive Sondereffekte deklariert die Energieversorgerin eine um 29,6 Mio. Franken bessere Performance der Stilllegungs- und Entsorgungsfonds sowie temporäre Bewertungseffekte auf den Absicherungstransaktionen der Energieproduktion.

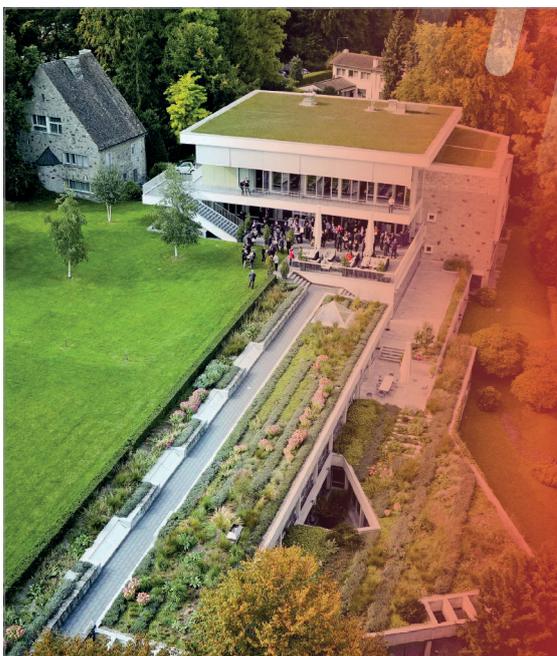
In ihrem Segment Netze wiederum konnte CKW das operative Ergebnis des Vorjahres bestätigen und erhöhte die Investitionen im ersten Halbjahr 2022/23 um 31 Prozent auf

33,4 Mio. Franken. Darin enthalten seien Investitionen in die flächendeckende Installation von Smart Metern sowie in den Kapazitätsausbau des Stromnetzes, schreibt das Unternehmen. Fortgesetzt habe sich auch das Wachstum des Gebäudetechnik-Segments, das seine Gesamtleistung im Vergleich zur Vorjahresperiode um 23 Prozent auf 128 Mio. Franken gesteigert habe. CKW gelang es nach eigenen Angaben schliesslich trotz Fachkräftemangels, den Personalstand im ersten Halbjahr 2022/23 um 19 Prozent auf 1.404 Vollzeitstellen zu erhöhen. Wachstumstreiber sei hierbei vor allem die Solartechnik gewesen, so die Energieversorgerin. /mj

JAHRESBILANZ

Adev-Gruppe wählt neuen VR-Präsidenten und will Windkraft forcieren

Liestal (energate) - Timotheus Zehnder ist an der Generalversammlung der Adev Energiegenossenschaft zum Verwaltungsratspräsidenten gewählt worden. Er tritt damit die Nachfolge von SP-Nationalrat Eric Nussbaumer an. Nussbaumer war von 1988 bis 2009 Geschäftsführer und ab 2010 VR-Präsident der Adev. Wie die Energiegenossenschaft mitteilte, hat der 62-Jährige sein Amt niedergelegt, um sich kommendes Jahr seinen Aufgaben als designierter Nationalratspräsident zu widmen. Nussbaumer's Nachfolger Timotheus Zehnder wohnt in Binningen/BL und ist Dozent für Heizungs- und Energietechnik an der Hochschule Luzern. Der 37-Jährige gehöre bereits seit einigen Jahren dem Verwaltungsrat der Energiegenossenschaft an und kenne den Markt sowie die Adev in allen Facetten, schreibt das Unternehmen. Als nachrückendes VR-Mitglied wurde der



INNOVATIONSFORUM MOBILITY

innovationsforum-mobility.ch

28. und 30. Juni 2023
Gottlieb Duttweiler
Institute, Rüschlikon

HOST PARTNER



SMARTENERGY

LEAD PARTNER



Hitachi Energy

PARTNER



HONDA
Landis+Gyr
tiko
Landis+Gyr
manage energy better

Wirtschaftsprüfer Reto Schmitt, Senior Director von Idorsia Pharmaceuticals Ltd., gewählt.

Neben den Wechseln im Verwaltungsrat stand an der GV die Jahresbilanz 2022 im Zentrum. Das genossenschaftliche Unternehmen mit Sitz in Liestal erzielte demnach im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Umsatz von knapp 15 Mio. Franken und einen Reingewinn von rund einer Mio. Franken. Die Adev-Anlagen produzierten insgesamt 55,6 Mio. kWh Energie, wie die Genossenschaft mitteilte. Die beiden Adev-Windkraftwerke im jurassischen St. Brais lieferten demnach mit insgesamt rund 7,9 Mio. kWh einmal mehr überdurchschnittlich viel Strom. Adev sei von den Vorteilen dieser Technologie überzeugt. "Darauf kann die Schweiz nicht verzichten", betonte CEO Thomas Tribelhorn. Da sich die Rahmenbedingungen für Windenergie in der Schweiz jüngst verbessert hätten, wolle sich die Adev vermehrt im Bereich der Windkraftanlagen engagieren, so Tribelhorn weiter.

2022 verbuchten weiter die Adev-Wärmeanlagen trotz milder Temperaturen einen neuen Rekordwert mit einer Produktion von 20,5 Mio. kWh. Dazu beigetragen hätten der Ausbau bestehender Wärmeverbände sowie neue Verbände in in Oberhasli/ZH, Zürich und Bettingen/BS, schreibt die Energiegenossenschaft. Auch die eigenen Solaranlagen konnten demnach ihre Produktion steigern, um 1,6 Mio. kWh auf 12,9 Mio. kWh. Das sei nicht nur der stärkeren Sonneneinstrahlung sondern auch fünf neuen PV-Anlagen zu verdanken. Die Stromproduktion aus Wasserkraftwerken wiederum legte im Vorjahresvergleich um 26 Prozent auf 14,3 Mio. kWh zu. Diese starke Zunahme führt Adev vor allem auf die Wiederinbetriebnahme mehrerer Kraftwerke nach Sanierungen zurück. Dennoch sei die Produktion

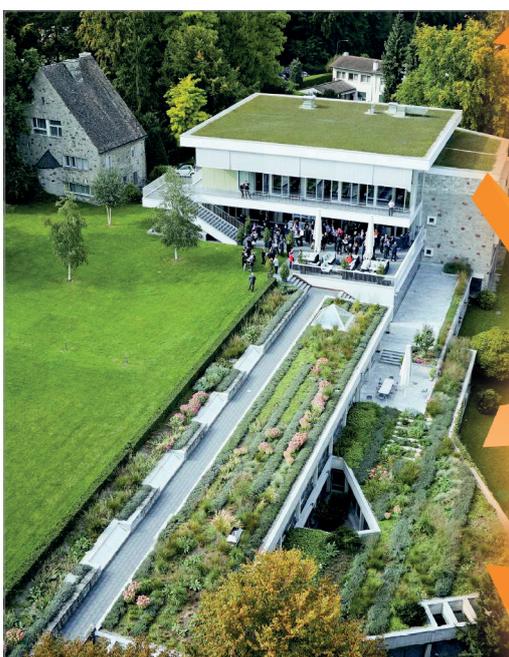
infolge Trockenheit unterdurchschnittlich ausgefallen. Aufgrund hoher Preise am Strommarkt habe Adev ihren Umsatz dennoch steigern können. /mj

WINDKRAFT

EKS verabschiedet sich von Windrad "Hans"

Schaffhausen (energate) - Bis Ende Juni will EKS das dreirorige Windrad von Erfinder Hans Wepfer abbauen. Die Schaffhauser Energieversorgerin hatte bereits 2017 angekündigt, aus dem Projekt auszusteigen. Wie die EKS AG mitteilte, hat sie das Windrad mit dem Namen "Hans" an die Herstellerfirma Wepfair verkauft. Über den Verkaufspreis herrscht laut Mitteilung Stillschweigen. Gleichzeitig informierte EKS über den Rückbau der Anlage am Standort in Beringen. Dieser begann am 12. Juni und wird laut dem Unternehmen bis spätestens Ende des Monats abgeschlossen sein. Wepfair werde das Windrad überarbeiten und an einen neuen Betreiber weiterverkaufen, heisst es weiter. Das Grundstück, auf dem Hans bisher stand, hat die Besitzerin bereits gewechselt: EKS verkaufte es an die Gebäudeversicherung des Kantons Schaffhausens.

Mit dem Abbau endet das Projekt nach ziemlich genau einem Jahrzehnt. Ende 2014 hatte EKS das Windrad als weltweit erstes seiner Art in Betrieb genommen. Es erzeugt laut Herstellerin bereits bei einer Windstärke ab 1,5 Meter pro Sekunde Strom und hebt sich dadurch von anderen Kleinwindanlagen ab. EKS begründete den Entscheid für den Ausstieg unter anderem mit nötigen Optimierungen für den kommerziellen Betrieb und veränderten Rahmenbedingungen in der Schweiz. /yb



VERTEILNETZ FORUM

verteilnetzforum.ch

20. Juni 2023

Gottlieb Duttweiler
Institute, Rüschlikon

Versorgungssicherheit
Regulierung
Grundversorgung
Netzoptimierung
Energiewende

PARTNER





DEUTSCHLAND

FERNWÄRMEGIPFEL

Bund will 100.000 Haushalte jährlich ans Wärmenetz bringen

Berlin (energate) - Mit einem deutlich beschleunigten Ausbau der Wärmenetze soll sich die Anzahl der angeschlossenen Gebäude bis 2045 gegenüber heute in etwa verdreifachen. Dieses Ziel beschlossen die Teilnehmenden des sogenannten Fernwärmegipfels der Bundesregierung. Die Bundesministerien für Wirtschaft und für Bauen hatten knapp 30 Vertreterinnen und Vertreter von Verbänden sowie Gewerkschaften eingeladen. Diese unterzeichneten eine gemeinsame Erklärung, wonach mittelfristig jährlich mindestens 100.000 Gebäude neu an Wärmenetze angeschlossen werden sollen. Zur Einordnung: Bislang werden lediglich rund 14 Prozent aller Wohnungen in Deutschland mit Fernwärme versorgt. 2022 waren es ca. 6,1 Mio. Wohnungen. Der Anteil erneuerbarer Energien liegt in der Fernwärme bei nur rund 20 Prozent.

Über den Entwurf der Abschlusserklärung hatte energate im Vorfeld berichtet. Auch die endgültige Erklärung enthält unter anderem eine Formulierung, wonach die Anwendung eines Anschluss- und Benutzungszwangs möglichst vermieden werden soll. Das Ziel sei es, stattdessen "die Attraktivität von Fern- und Nahwärme für Neukund:innen zu steigern". "Attraktive Preise sollen Schwerpunkt der politischen Arbeit werden", sagte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) bei einem Pressestatement im Anschluss an den Gipfel. Und auch für Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD) ist derzeit keine Änderung zum jetzigen Status notwendig. "Wir werden aber sicher eine Debatte über ein Nutzungsrecht haben", prognostizierte sie.

Anschlusszwang möglich, aber unbeliebt

Ramona Pop, Vorständin des Verbraucherzentrale Bundesverbandes (VZBV), plädierte ausdrücklich gegen einen Anschluss- und Benutzungszwang und stattdessen für mehr Wettbewerb in Fernwärmenetzen und mehr Einspeisungen Dritter. Die Erklärung zum Anschluss sei so formuliert, "dass man es so oder so lesen kann", sagte sie. Wahlfreiheit sei aber aus Sicht des VZBV wichtig. Insbesondere der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) hatte sich zuletzt hingegen offen gegenüber einem Anschlusszwang für Fernwärme gezeigt, damit sich der Ausbau für die Betreiber rechnet.

VKU-Geschäftsführer Ingbert Liebing begrüßte das Ergebnis des Fernwärmegipfels grundsätzlich. Die Fernwärme als Option zum klimaneutralen Heizen brauche aber mehr Zeit, mehr Geld und mehr Akzeptanz. Die gesetzlichen Regelungen müssten Kommunen und kommunale Unternehmen befähigen, die

notwendigen Investitionen in den Ausbau und die Erzeugung sowie Erschliessung klimaneutraler Wärmequellen zu stemmen. "Das Bundesprogramm BEW und die KWK-Förderung laufen 2026 aus und brauchen eine Anschlusslösung", sagte Liebing. Und auch Hansjörg Roll, Präsident des Fernwärmeverbandes AGFW, verlangt vor allem eine nachhaltige Förderung und sichere Rahmenbedingungen, wie er auf der Pressekonferenz zum Fernwärmegipfel betonte.

BDEW sieht Fernwärme auch im ländlichen Raum

Der Energieverband BDEW betonte, dass Fernwärme auch Potenziale im ländlichen Raum habe. Dieses muss auch bei der kommunalen Wärmeplanung berücksichtigt werden. "Für die Kundinnen und Kunden hat der Anschluss an ein Fernwärmenetz den Nutzen, dass der Fernwärmenetzbetreiber die Verantwortung für die Klimaneutralität der Wärmeversorgung trägt", sagte Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung. Und auch der Erneuerbarenverband BEE sieht Fernwärme als einen wichtigen Baustein der Wärmewende, bei der Deutschland viel aufzuholen habe. "Nach dem Gebäudeenergiegesetz, für das es dringend Klarheit braucht, muss nun auch die kommunale Wärmeplanung angegangen werden, denn die Branche ist mit Investitionen in Vorleistung gegangen und benötigt nun dringend Planungssicherheit", sagte BEE-Präsidentin Simone Peter zudem.

Heizungsgesetz könnte nun in den Bundestag kommen

Das Gebäudeenergiegesetz (GEG) und die kommunale Wärmeplanung sind eng miteinander verknüpft. So sieht der GEG-Entwurf eine Ausnahme vor, nach der dort, wo ein Fernwärmenetz geplant ist, neue Heizungen zunächst von der 65-Prozent-Erneuerbarenpflicht befreit sind. Eine solche Regelung findet sich nun auch in der gemeinsamen Erklärung zum Fernwärmegipfel: "Wenn ein Wärmenetzbetreiber einen solchen Ausbau verbindlich verfolgt, sollten daran interessierte Gebäudeeigentümer:innen, die sich an dieses Netz anschliessen werden, von der Pflicht zum Einbau einer die 65-Prozent-Vorgabe für erneuerbare Energien erfüllenden Heizung befreit werden", heisst es darin.

Bezüglich einer Einigung zum umstrittenen Heizungsgesetz in der Ampel-Koalition wollte sich Habeck derweil nicht äussern. Es sei viel passiert, die Fragen seien beantwortet und politischer Einigung stehe aus seiner Sicht nichts im Weg, sagte er. "Aber man muss sie auch wollen und herstellen", so Habeck. Derzeit bremsen der Koalitionspartner FDP eine Einigung beim GEG. Dieses müsste in dieser Woche im Bundestag verhandelt werden, um noch vor der parlamentarischen Sommerpause verabschiedet werden zu können. Einem Zeitplan des Bundeswirtschaftsministeriums zufolge, der energate vorliegt, könnte die erste Lesung dafür am 15. Juni stattfinden. /ck

ENERGIEPREISKRISE

Erlösabschöpfung ist bald Geschichte

Berlin (energate) - Zu Ende Juni läuft die Abschöpfung von Übererlösen am Strommarkt wie geplant aus. Laut Bericht zum zeitlichen Anwendungsbereich, der energate vorliegt, sieht die Bundesregierung keinen Grund, sie zu verlängern. Mit sinkenden Strompreisen und damit nur geringen Erlösen sei der Umsetzungsaufwand und der Eingriff in die Investitionsentscheidungen nicht mehr verhältnismässig, heisst es dazu in dem Bericht des Bundeswirtschaftsministeriums an den Bundestag. Die sogenannte Erlösabschöpfung hätte höchstens bis zum 30. April 2024 verlängert werden können.

Eine Verlängerung wäre demnach auch nur dann erforderlich, wenn die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten zugestimmt hätten. Ein entsprechender Vorschlag sei aber nicht erfolgt. Die Kommission hatte sich in einem Bericht am 5. Juni vielmehr deutlich gegen eine Verlängerung ausgesprochen.

Einnahmen bleiben aus

Das Bundeswirtschaftsministerium sieht die sichere Versorgung mit Strom mittelfristig gewährleistet. Die Strompreise am Spotmarkt seien seit Dezember 2022 deutlich gesunken. Der Abschöpfungsmechanismus habe zur Folge, dass bei sinkenden Spotmarktpreisen und Monatsmarktwerten die Einnahmen aus der Abschöpfung ausblieben. Vor diesem Hintergrund liessen sich die tatsächlich zu erwartenden Einnahmen aus der Abschöpfung kaum beziffern, heisst es im Bericht. Konkrete Aussagen zu den Einnahmen für die ersten Monate seien erst im August 2023 möglich.

Grössere Verwerfungen am Strommarkt seien mit der Einführung des Strompreisbremsengesetzes bisher nicht zu beobachten, heisst es im Bericht weiter. Allerdings gebe es Signale, dass industrielle Verbraucher, die auf erneuerbare Energie angewiesen sind - beispielsweise auf Elektrolyseure zur Herstellung grünen Wasserstoffs -, vorläufig auf Neuinvestitionen verzichten könnten. "Um dem vorzubeugen, wäre die Regelung entsprechender Ausnahmen erforderlich, die allerdings zu Lasten der Einnahmen aus der Erlösabschöpfung gingen", so der Bericht.

VKU: Vertrauensverlust ist da

Folge ist jetzt der Schlusstrich, den der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) begrüsst: "Wir haben immer gesagt: Aufwand und Ertrag stehen bei der Erlösabschöpfung in keinem Verhältnis", sagte VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing. Bei Betreibern und Investoren sei zudem ein grosser Vertrauensverlust entstanden. "Das ist umso schmerzlicher, weil für die Energiewende hohe Investitionen notwendig sind", so Liebing.

Auch aus der Erneuerbarenbranche hatte es viel Kritik an dem Mechanismus gegeben. Ökostromanbieter Lichtblick

reichte sogar Verfassungsbeschwerde gegen das Instrument ein. Letztlich startete die gesetzliche Erlösabschöpfung erst, als die Strompreise schon wieder sanken. Die jetzige Entscheidung kam wenig überraschend, im März hatte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) bereits angekündigt, sie auslaufen lassen zu wollen. /ck

LNG-TERMINAL

Deutsche Umwelthilfe klagt gegen Brunsbüttel-Anbindung

Berlin (energate) - Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) geht weiter gegen ein festes LNG-Terminal bei Brunsbüttel vor. Nun haben die Umweltschützer gegen die Genehmigung der Anschlusspipeline für das geplante Terminal Klage beim Bundesverwaltungsgericht eingereicht. Mit dem Bau der 55 Kilometer langen Erdgasleitung hat der niederländischen Netzbetreiber Gasunie bereits begonnen. Sie sei aber für den Betrieb des schwimmenden Terminalschiffs Höegh Gannet nicht notwendig, so die Begründung der DUH. Zudem schaffe eine Genehmigung der Pipeline Fakten, um später das feste und viel grössere Landterminal in Brunsbüttel bauen zu können, kritisieren die Umweltschützer. Dessen unbefristeter Betrieb mit einer Kapazität von jährlich bis zu zehn Mrd. Kubikmetern verflüssigtem Erdgas verstösst nach Ansicht der DUH gegen die Vorgaben des Klimaschutzgesetzes und sei deswegen rechtswidrig.

Analyse: Grossteil des Gases wird direkt vor Ort verbraucht

Die FSRU (Floating Storage and Regasification Unit) Höegh Gannet im schleswig-holsteinischen Hafen bei Brunsbüttel betreibt der Energiekonzern RWE. Seit April speist das schwimmende Terminal Gas ins Netz ein. Dabei habe sich gezeigt, dass die Kapazität des dort bereits bestehenden Transportnetzes ausreicht, um das Gas durchzuleiten, heisst es von der DUH. Die Umweltschutzinitiative verweist dazu unter anderem auf eine Analyse der Technischen Universität Berlin, die nachgewiesen habe, dass ein Grossteil des anlandenden Gases ohnehin von den Chemiebetrieben am Standort Brunsbüttel verbraucht wird. Die DUH kritisiert weiter, dass die zuständige Genehmigungsbehörde, das Amt für Planfeststellung Energie Schleswig-Holstein, den Bedarf der neuen Leitung gar nicht erst geprüft, sondern unter Verweis auf das LNG-Beschleunigungsgesetz diesen pauschal angenommen hätte. Zudem habe die Behörde auch keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt, was auch rechtswidrig sei, argumentiert die DUH.

Kein Krisenmodus mehr?

"Noch immer tun die Genehmigungsbehörden bei den LNG-Projekten so, als wären wir im Krisen- und Panikmodus aus der ersten Jahreshälfte 2022. Dabei belegen inzwischen zahlreiche Studien, dass es für die festen LNG-Terminals an Land keinen Bedarf gibt", sagte Sascha Müller-Kraenner, DUH-Bundesgeschäftsführer. Als Argument dafür nennt er unter anderem

die aktuell schon, drei Monate vor der gesetzlichen Frist, gut gefüllten deutschen Gasspeicher. Auch eine Mangellage für den Winter sei nicht zu erwarten. Der Speicherverband Initiative Energien Speicher (Ines) sieht das etwas anders. So hatte jüngst Ines-Geschäftsführer Sebastian Bleschke bei der Vorstellung der verbandseigenen Szenarien für die Gasversorgung vor dem Hintergrund gut gefüllter Speicher noch vor einer falschen Sicherheit gewarnt. Auch hatte Bleschke sich dafür ausgesprochen, für den kommenden Winter alle möglichen zusätzlichen LNG-Kapazitäten auch nutzbar zu machen.

Gasunie baut die Leitung bereits

Die von Gasunie geplante Erdgastransportleitung "ETL 180" soll das geplante landseitige LNG-Terminal Brunsbüttel an das Fernleitungsnetz bei Hetlingen/Haseldorf anschliessen. Die DUH versucht seit Jahren auf verschiedenen Ebenen, den Bau der Pipeline zu verhindern. Schon 2020 - noch vor der Energiekrise - hatte die Deutsche Umwelthilfe der Genehmigungsbehörde etwa rücksichtsloses Verhalten bei den Planungen vorgeworfen. Später hatte sie dann per Einwendung eine Ablehnung der Genehmigung gefordert. Nun bleibe ihr nichts anderes übrig, als die Pipeline gerichtlich zu stoppen, hiess es. Allerdings hat Gasunie durch einen genehmigten vorzeitigen Massnahmenbeginn bereits mit dem Bau der Leitung begonnen. /ml

NETZAUSBAU

FNB Gas legt Umsetzungsbericht vor

Berlin (energate) - Die Netzbetreiber haben aus dem Netzentwicklungsplan Gas 2020 mittlerweile 17 Massnahmen fertiggestellt. Das geht aus dem jüngst veröffentlichten Umsetzungsbericht des FNB Gas für 2023 hervor. Einen solchen Bericht müssen die Fernleitungsnetzbetreiber (FNB) in jedem ungeraden Jahr vorlegen, um die Fortschritte in der Netzausbauplanung zu beleuchten. Der Bericht betrachtet aber auch die Kehrseite. So werden sich einige Ausbauprojekte aus verschiedenen Gründen, etwa Problemen bei Genehmigungsfragen, mit der Material- und Leistungsbeschaffung oder aus Gründen des Tier- und Umweltschutzes, verzögern.

Einige Projekte mit Verzögerungen

Dazu gehört zum einen die sogenannte Augusta-Leitung zwischen Wertingen und Kötz in Bayern. Hier haben mehrmals veränderte Kapazitätsbedarfe zu Verzögerungen im Projekt der Terranets BW geführt. Die Leitung soll nun erst Ende 2025 in Betrieb gehen. Ein weiteres Beispiel ist die Nordschwarzwaldleitung, wo sich die Inbetriebnahme aufgrund von pandemiebedingten Verzögerungen im Genehmigungsprozess auf August 2024 verschiebt. Weitere fünf Leitungsprojekte sind komplett entfallen. Dazu zählen unter anderem zwei Teilvorhaben rund um die Mitteldeutsche Anbindungsleitung (Midal) von Cascade sowie der Nordeuropäischen Erdgas-Leitung NEL.

Der Bericht enthält zudem - wie von der Bundesnetzagentur gefordert - eine aktualisierte L-H-Gas-Umstellungsplanung. Wesentlichen Veränderungen in der Marktraumumstellung habe es aber nicht gegeben, hiess es. Einzelne FNB prüften derzeit, ob sie Bereiche eher umstellen können. Dazu gehört etwa Open Grid Europe, die die Region Dorsten-Leichlingen von 2029 auf das Jahr 2028 vorziehen will. Die Umstellung der Geräte ist nötig, weil das Aufkommen des niedrigkalorigem Erdgas, etwa aus den Niederlanden, im deutschen Netz kontinuierlich zurückgehen wird. "Ziel ist es, die bis 2029 auslaufenden Importe von niederländischem L-Gas zu kompensieren und die Versorgungssicherheit weiterhin zu gewährleisten", erläutert Inga Posch, Geschäftsführerin des FNB Gas.

Auch im vergangenen Jahr haben die Netzbetreiber deswegen grosse Bezirke auf H-Gas umgestellt. Darunter fiel etwa der Raum Düsseldorf, Bonn und Mönchengladbach, mit knapp 500.000 Geräten. Probleme habe es dabei aus Sicht der FNB keine gegeben. Alle hierfür erforderlichen Netzausbaumassnahmen am Fernleitungsnetz wurden rechtzeitig abgeschlossen. /ml

BÖRSENGANG

Thyssenkrupp plant Börsendebüt seiner Wasserstoffsparte

Dortmund (energate) - Die Wasserstoffsparte von Thyssenkrupp steht vor einem kurzfristigen Debüt an der Frankfurter Börse. "So das Marktumfeld mitspielt" will Thyssenkrupp Nucera "noch vor der Sommerpause" ihr IPO (Initial Public Offering) vollziehen. Ziel sei es, dabei bis zu 600 Mio. Euro für die Produktion von Elektrolyseuren im industriellen Massstab einzuwerben, teilte die Dortmunder Tochter des Stahl- und Industriekonzerns mit. Für Thyssenkrupp wird damit ein längerfristig gehegter Plan konkret.

Nucera strebt eine Erstnotiz im höchsten Börsensegment der Frankfurter Börse an, dem Prime Standard. Ein solcher Schritt bringt unter anderem strenge Transparenzpflichten in Bezug auf Kapitalmarktinformationen mit sich. Erstmals vorskizziert hatte Thyssen Krupp den IPO-Plan für seine Tochter bereits Anfang 2022 im Zuge der Umfirmierung von Thyssenkrupp Uhde Chlorine Engineers zu Nucera.

Mutterkonzern will Mehrheit behalten

Klar dabei ist, dass der Mutterkonzern "als langfristig engagierter Aktionär" Mehrheitseigner bleiben will. Ebenso soll auch der bislang mit 34 Prozent aller Anteile an Nucera beteiligte Minderheitseigner De Nora aus Italien als Partner an Bord bleiben, hiess es. Wie sehr die geplante Kapitalerhöhung über die Ausgabe neuer Aktien die Anteilseignerschaft der beiden Joint-Venture-Partner verwässern soll, blieb zunächst offen. Auch zu weiteren Details, wie etwa dem angestrebten Ausgabepreis der neuen Aktien, machte Thyssenkrupp noch nichts öffentlich.

Nucera ist auf Elektrolyseure spezialisiert, die Wasserstoff auf Chlor-Alkalibasis erzeugen. Als Kunden im Fokus steht die Industrie und deren Dekarbonisierungsvorhaben. Als Referenzkunden nennt Nucera in einer Präsentation für Investoren unter anderem Shell, BASF und Covestro. Die Thyssenkrupp-Tochter bietet modulare Elektrolyseure an. Kernprodukt ist ein 20 MW starkes Modul, das sich zu Grossanlagen im Gigawattbereich hochskalieren lässt.

Volle Auftragsbücher

Geführt wird das Unternehmen von Werner Ponikvar. In der ersten Hälfte des laufenden Jahres erzielte Nucera nach vorläufigen Berechnungen 13 Mio. Euro Gewinn vor Steuern und Zinsen (Ebit), 87 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Den Umsatz konnten die Dortmunder dabei mehr als verdoppeln auf 306 Mio. Euro. 50 Prozent dieser Umsätze stammen aus dem Servicegeschäft. Den Auftragsbestand beziffert der Technologiehersteller auf 1,4 Mrd. Euro. /pa

ADD-ON GAS & WÄRME

"Die Regulierungsbehörde hat Entscheidungen umfassend zu begründen"

Essen (energate) - Die Bundesregierung will mit einer Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) die Unabhängigkeit der Bundesnetzagentur stärken. Sie kommt damit einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) aus dem September 2021 nach. Über das Urteil und die Position der Bundesnetzagentur (BNetzA) sprach energate mit Wiegand Laubenstein, Rechtsanwalt der Kanzlei Rosin Büdenbender und ehemaliger Vorsitzender Richter am OLG Düsseldorf.

energate : Herr Laubenstein, die Bundesnetzagentur muss sich als unabhängige Behörde neu aufstellen. Wird das Unionsrecht dadurch gestärkt?

Laubenstein : Die weitgehende Unabhängigkeit der Bundesnetzagentur bestand bereits vor der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs. Das Urteil enthält insoweit auch keine materiellen Rügen. Dem Gerichtshof ging es in seiner Entscheidung um den Adressaten, der in den Richtlinien Strom und Gas vorgesehen ist. Adressat der Richtlinien ist die Bundesregierung nur insoweit, als sie die Regulierungsbehörde als unabhängige Institution einzurichten hat. Diese soll ermächtigt werden, die näheren Bedingungen zum Netzzugang und zur Netzentgeltregulierung auszuformen.

Im Referentenentwurf zur EnWG-Novelle, den die Bundesregierung vorgelegt hat, werden jetzt alle Inhalte erfasst, die in den Netzzugangs- und Netzentgeltverordnungen und der Anreizregulierungsverordnung geregelt sind, und diese werden

umgeleitet an die richtige Adresse, in Form von Festlegungskompetenzen der Bundesnetzagentur. Ich sehe das sehr positiv. Das ist vom Gesetzgeber sehr sachlich und unaufgeregt gehandhabt worden.

energate : Wie verändert sich die Position der Bundesnetzagentur im Verhältnis zum Bundeswirtschaftsministerium oder zur EU-Kommission?

Laubenstein : Da sehe ich keine Änderung. Die Unabhängigkeit der Regulierungsbehörde bedeutet nicht, dass unsere Bundesnetzagentur aus der bestehenden Struktur ausscheidet oder in eine Sonderstellung rückt. Sie bleibt dem BMWK nachgeordnet, die Dienstaufsicht verbleibt beim Ministerium.

Sie dürfen die BNetzA nicht gleichsetzen mit zum Beispiel der Bundesbank. Diese ist integraler Bestandteil des europäischen Systems der Zentralbanken. So ist die BNetzA nicht eingeordnet. Sie ist keine ausführende Stelle der Kommission. Sie ist auch nicht verpflichtet, sich in Regulierungsverfahren mit anderen europäischen Regulierungsbehörden abzustimmen. Die BNetzA wird auch nicht der parlamentarischen Kontrolle entzogen. Die Bestimmung der Behördenleitung wird weiterhin vom Parlament oder von der Regierung vorgenommen.

energate : Wie steht es um den Rechtsschutz? Wie und wo können sich Netzbetreiber gegen Entscheidungen der Regulierungsbehörde zur Wehr setzen?

Laubenstein : Die Richtlinie verpflichtet die Mitgliedsstaaten, sicherzustellen, dass auf nationaler Ebene geeignete Verfahren bestehen, die einer betroffenen Partei das Recht geben, gegen eine Entscheidung bei einer unabhängigen Stelle Beschwerde einzulegen. Das ist nichts anderes als eine Rechtsschutzgarantie, also der Rechtsweg ist eröffnet und darf nicht verschlossen werden. Die Vorschriften über das Beschwerdeverfahren sind im Referentenentwurf der Regierung auch weitestgehend unverändert.

Eine wesentliche Verfahrensänderung finden wir allerdings in § 73. Dort heisst es jetzt: Die Regulierungsbehörde hat ihre Entscheidungen umfassend zu begründen, sodass die sie tragenden Teile der Begründung von einem sachkundigen Dritten ohne weitere Informationen und ohne sachverständige Hilfe aus sich heraus nachvollzogen werden können. Das ist ein Begründungserfordernis, das man nicht unterschätzen darf und das die Netzbetreiber auch in den Stand versetzt, Entscheidungen zu überprüfen.

Weiter heisst es: Liegen der Entscheidung der Regulierungsbehörde ökonomische Analysen zugrunde, müssen diese dem Stand der Wissenschaft entsprechen. Das muss im Einzelnen durch die Rechtsprechung ausformiert werden. Aber bei der Eigenkapitalverzinsung oder dem Xgen geht es um Milliardenbeträge, da schadet es nicht, wenn wir verschiedene Methoden gutachterlich gegeneinander abwägen.

energate : Werden die Gerichte der EU künftig eine grössere Rolle in Regulierungsfragen spielen?

Laubenstein : Fehler der Behörde werden nicht zu einem Vertragsverletzungsverfahren führen. Die Bundesnetzagentur ist nicht Vertragspartei der Europäischen Verträge. Es gibt natürlich weiterhin die Möglichkeit eines Vorlageverfahrens zum EuGH, aber das ist Bestandteil der nationalen Gerichtsverfahren. Generell ändert sich am Rechtsschutz nichts.

energate : Sie rechnen auch nicht damit, dass mehr Fragen dem EuGH vorgelegt werden?

Laubenstein : Dass jetzt grundlegende Fragen auftauchen, die vorgelegt werden müssen, sehe ich eigentlich nicht, denn inhaltlich hat der EuGH ja gar nichts gerügt. An der Verfahrenslandschaft wird sich nach meiner ersten Einschätzung nicht viel ändern.

Die Probleme liegen ja aktuell wieder auf dem Tisch. Wir verhandeln gerade über die EK1-Festlegung. Da geht jeder Prozentpunkt in die Milliarden und die Netzbetreiber bemängeln, dass sie im europäischen Vergleich am unteren Rand abgefunden werden. Daran ändert die aktuelle Ankündigung der Bundesnetzagentur, den Eigenkapitalzinssatz im Rahmen des Kapitalkostenaufschlags in 2024 von 5,07 auf 7,09 Prozent zu erhöhen, wenig. Denn dies betrifft ausschliesslich Neuinvestitionen. An der zu geringen Verzinsung des Bestandsvermögens ändert dies nichts.

Und wir streiten über den Xgen, ob man nach mehreren Regulierungsperioden immer noch von einem Produktivitätsgewinnvorsprung der Netzwirtschaft ausgehen kann, wo es sich doch weitgehend um Bauleistungen handelt. Eine Frage, die sich im Grunde mit verschiedenen Indizes leicht nachprüfen lässt. An diesen Fragen arbeiten wir gerade, also die Netzwirtschaft, die Justiz und die Anwälte, und daran wird sich nichts ändern.

Die Fragen stellte Thorsten Czechanowsky

EUROPA

"REPOWEREU"

Europas Gaswirtschaft sieht Versorgungssicherheit nicht garantiert

Rom (energate) - Die europäischen Gasversorger halten den "RepowerEU"-Plan der EU-Kommission für die Aufrechterhaltung der langfristigen Gasversorgungssicherheit ohne zusätzliche politische Massnahmen für nicht realisierbar. Das wurde deutlich auf der Jahreskonferenz des europäischen Verbands der Gasindustrie, Eurogas, in Rom. "RepowerEU hat viel Schaden angerichtet", sagte Eurogas-Präsident und Engie-CEO Didier Holleaux.

Der Plan, den die EU-Kommission im Mai 2022 vorgelegt hatte, damit die EU möglichst schnell unabhängig von fossiler Energie aus Russland wird, gehe nicht auf. "Wenn man an die Zahlen darin glaubt, bedeutet dies, dass Europa kein neues Erdgas mehr braucht", so Holleaux. Auch gelange das viele US-amerikanische LNG wegen des Fehlens langfristiger Verträge nicht in die EU. "Wir sind weit entfernt von den zusätzlichen 50 Mrd. Kubikmeter, die Ursula von der Leyen und Joe Biden im März 2022 vereinbart hatten." Stattdessen seien bisher nur für 10 Mrd. Kubikmeter Verträge mit Ziel Europa geschlossen worden.

Die Ziele des RepowerEU-Plans sind aus Sicht des Eurogas-Präsidenten damit nicht umsetzbar. Nötig sei ein neues realistisches Szenario für die EU mit neuem Erdgas und Biogas. "Wir brauchen neues Erdgas bis 2050 und dafür langfristige Verträge." Aber auch die kurzfristige Versorgungssicherheit sei nicht garantiert, warnte der Eurogas-Chef. Es sei trügerisch, sich angesichts der derzeit niedrigen Erdgaspreise und der gefüllten Erdgasspeicher in Sicherheit zu wähen. "Alles kann passieren", denn die EU sei immer noch zu zehn Prozent von russischem Erdgas abhängig.

Forderung nach verbindlichem Biomethan-Ziel

Was Biogas angeht, tritt Eurogas schon seit längerem für ein EU-weit verbindliches Ziel ein. Am 23. Mai richtete der Verband zusammen mit anderen 15 europäischen Industrieverbänden und 17 Unternehmen, die an der Biogas-Wertschöpfungskette beteiligt sind, an den EU-Energieministerrat die Forderung, sich bei den Verhandlungen mit dem EU-Parlament über das Gasdekarbonisierungspakt dafür einzusetzen. Sie fordern, in die Neuauflage der EU-Gasverordnung ein EU-weit verbindliches und ab 2030 gültiges Biomethanziel von 35 Mrd. Kubikmeter/Jahr hineinzuschreiben und begründen das mit der Versorgungssicherheit. Biomethan könne direkt ins vorhandene Gasnetz eingespeist werden und in der EU mit ausgereiften Technologien hergestellt werden. Dadurch entstünden keine neuen Abhängigkeiten von kritischen Rohstoffen. Den einzelnen Mitgliedsstaaten soll es selbst überlassen bleiben, wie sie das Ziel umsetzen. Ein Volumen von 35 Mrd. Kubikmeter Biogas sieht auch der RepowerEU-Plan vor, allerdings unverbindlich.

Giulia Cancian, Leiterin des europäischen Verbands der Biogasindustrie (EBA), die auch das Forderungsschreiben an den Energieministerrat unterschrieben hat, sieht die EU von diesem Ziel weit entfernt. Die derzeit 1.322 operativen Biomethan-Fabriken in der EU würden gerade einmal 4,5 Mrd. Kubikmeter produzieren. Das Ziel von 35 Mrd. Kubikmeter könne nur mit weiteren "Mobilisierungsmassnahmen" erreicht werden. Das Produktionspotenzial für Biomethan liegt laut Cancian bei 41 Mrd. Kubikmeter für 2030 und für 2050 sogar bei 151 Mrd. Kubikmeter, was 40 Prozent der bis 2050 prognostizierten Gasnachfrage in der EU entspräche.

Clara Poletti, Vorsitzende des Regulierungsrates der Regulierungsagentur Acer, hielt für die Gasversorgungssicherheit eine erneute Änderung der EU-Verordnung über die Gasspeicherung erforderlich, die der Rat der EU-Energieministerinnen - und minister erst im Juni 2022 geändert hatte. Darin sei der Wert der Gasspeicherung vernachlässigt worden. /rl

SPEICHERKOOPERATION

Kyon Energy und Obton wollen 600 MW an Speicherleistung installieren

München/Aarhus (energate) - Der Münchener Spezialist für Energiespeichersysteme Kyon Energy will gemeinsam mit dem dänischen Entwickler und Betreiber von Solarprojekten Obton Batteriespeicher im grossen Stil entwickeln.

Laut Rahmenvertrag wollen sie bis 2026 600 MW Speicherleistung errichten. Dafür haben die Projektpartner Investitionen in

einem "hohen dreistelligen Millionenbetrag" angekündigt. Kyon Energy werde die gesamte Projektierung der Batteriespeicherprojekte übernehmen, zu der auch die Standortentwicklung und die Netzanschlussplanung gehören. Obton kümmere sich um die Projektfinanzierung und den Betrieb der fertiggestellten Batteriespeicher. An der Entwicklung des Geschäftsmodells sowie die Generalunternehmerschaft bis zur schlüsselfertigen Inbetriebnahme der Batteriespeicher würden beide Unternehmen gemeinsam arbeiten, hiess es weiter.

Das erste gemeinsame Projekt unter dem neuen Rahmenvertrag stehe kurz vor dem Bau. In Tangermünde (Sachsen-Anhalt) entstehe ein Batteriespeicher mit einer Speicherleistung von 15,8 MW und einer Kapazität von 32,0 MWh. Bereits 2022 nahmen Kyon Energy und Obton zwei weitere Projekte in Betrieb. Es handelt sich um die Batteriespeicher an den Standorten Bad Dübén (Sachsen) und Elsteraue (Sachsen-Anhalt), die insgesamt 27,6 MW beziehungsweise 32,4 MWh umfassen. /am

Weitere Nachrichten und
Marktdaten online unter
www.energate-messenger.ch.

Einfach einloggen und
weiterlesen.

ener|gate
messenger.ch

täglich.
aktuell.
informiert.